

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Grabener: Weg vom Numerus clausus!

Für das Abitur – aber ohne Rücksicht auf die Abiturnoten – und ein einjähriges Krankenpflegepraktikum als Zugangsvoraussetzungen zum Medizinstudium hat sich der Präsident der Ärztekammer Schleswig-Holstein, Professor Dr. Egon Grabener, bei einer Fortbildungstagung in Westerland eingesetzt. Nach schriftlichen Zwischenprüfungen könnten die weiteren Examina dann mündlich abgelegt werden.

Professor Grabener bezeichnete das Gesundheitswesen der Bundesrepublik als vorbildlich; es sollte durch vernünftige Reformen weiterentwickelt werden. Allerdings sei die heutige Verteilung der niedergelassenen Ärzte auf nur 45 Prozent praktische oder Allgemeinärzte und 55 Prozent Gebietsärzte „unerträglich.“ yn

NORDRHEIN-WESTFALEN

Flankierende Maßnahme: „Information für Patienten“

Eine der in Westfalen-Lippe zwischen den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung vereinbarten flankierenden Maßnahmen zum Ziele der Kostendämpfung ist eine „Information für krankenversicherte Patienten“ – entwickelt, mit der KV abgesprochen und finanziert von den Krankenkassen und in drei-millionenfacher Ausfertigung verteilt an die rund 7200 mit ihr abrechnenden Ärzte von der Kassenärztlichen Vereinigung.

Auf der einen Seite des doppelseitig bedruckten Blattes wird den Patienten die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen erläutert, auf der anderen Seite hat der Arzt in fünf Rubriken (Arzneimittel – Massagen, Bäder, Wärmebehandlungen u. ä. – Fahrten mit einem Taxi –

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung – Kurmaßnahmen) die Möglichkeit, individuell anzukreuzen, aus welchen medizinischen oder gesetzlichen Gründen er vom Patienten gewünschte Maßnahmen jeweils nicht verordnen darf oder kann. Die Ärzte haben dieses „Hilfsmittel“ inzwischen dankbar begrüßt, von den Patienten wird es überwiegend mit Verständnis angenommen. DÄ-WL

HESSEN

Humangenetische Beratung wird ausgebaut

Nach Verhandlungen mit der Landesärztekammer Hessen und den humangenetischen Instituten bei den Universitäten Frankfurt, Marburg und Gießen sind dort zu Anfang des Jahres 1981 drei Arztstellen eingerichtet worden, die nach dem Rotationsprinzip mit Ärzten besetzt werden können, die sich für einen beschränkten Zeitraum auf dem Gebiet der Humangenetik fortbilden wollen. Diese Stellen stehen für niedergelassene Ärzte, Krankenhausärzte oder Ärzte aus dem öffentlichen Gesundheitsdienst zur Verfügung.

Für die Finanzierung wurde nach Mitteilung von Sozialminister Clauss der Haushaltsansatz für die humangenetische Beratung um mehr als 250 000 DM auf fast 900 000 DM erhöht.

Damit solle dem Interesse an einer Fortbildung auf diesem Gebiet Rechnung getragen werden, das die Merkblätter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung über die humangenetische Beratung bei den Ärzten geweckt hätten.

Aus den jetzt bestehenden drei Instituten mit zusammen fünf angestellten Ärzten, acht MTA und den drei neuen Rotationsstellen will das Sozialministerium allmählich ein flächendeckendes genetisches Beratungsnetz entwickeln. WZ

BADEN-WÜRTTEMBERG

Mehr Selbstmordversuche von jungen Menschen

Die Todesfälle durch Selbstmord haben in den vergangenen 20 Jahren in der Bundesrepublik „nur sehr geringfügig“ zugenommen, doch gibt es Hinweise auf einen „deutlichen Anstieg“ der Selbstmordversuche, vor allem bei der jüngeren Generation. Diese auf bundesweitem statistischem Material beruhende Feststellung traf das Zentralinstitut für seelische Gesundheit in Mannheim. Das Institut ist von der Stiftung Volkswagenwerk beauftragt worden, eine Feldstudie zum Problem der Selbstmordversuche in „kleinräumigen städtischen Einheiten“ zu erarbeiten. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen nach Institutsangaben bessere Einsichten in soziale und psychologische Prozesse bei der Ausbreitung von Selbstmordversuchen vermitteln, vor allem aber auch Anregungen für die Prävention geben. Fest steht, daß sich der Anstieg der Selbstmordversuche über die verschiedenen Altersgruppen „sehr ungleich verteilt“. Während die Gruppe der über 65jährigen keine Veränderung der Versuchshäufigkeit erkennen ließ, sei sie bei Jugendlichen und insbesondere bei jungen Frauen und Mädchen kontinuierlich angestiegen. In der Altersgruppe der 15- bis 19jährigen Mädchen habe die Zunahme von 1968 bis 1978 sogar 200 Prozent betragen. Diese „Versuchsrate“ habe um das 75fache höher gelegen als die Rate der vollendeten Selbsttötungen. dr

In einem Satz

Arbeitsunfälle – Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden 1980 insgesamt 1 744 400 Unfälle gemeldet, was einen Rückgang um 15 071 oder 0,9 Prozent gegenüber 1979 bedeutet. EB